antifa-rundbrief

**Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.**

Nr. 92 Juli 2016

Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik

Als die rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Abschluss des Kongresses in guter Tradition das „Lied der Moorsoldaten“ anstimmten, waren sie immer noch beim Thema des Kongresses. Auch die Pflege der Traditionen unserer Vereinigung ist eine tragende Säule unserer Erinnerungsarbeit und ein wichtiges Element ihrer Geschichtspolitik. Dass wir aber nicht in erstarrten Ritualen verharren und uns den neuen Herausforderungen stellen, haben die Ergebnisse des Kongresses gezeigt.

Wie groß diese Herausforderungen sind, machte Ulrich Schneider, Bundessprecher der VVN-BdA, in seinem Einleitungsreferat mehr als deutlich.

Es sei vor allem das Ausscheiden der Zeitzeugen-Generation aus der aktiven Geschichtsarbeit, welches unsere Zugangsmöglichkeiten zu heutigen Generationen verändere. Es bestehe zwar nach wie vor ein großes Interesse an diesen Themen, „aber wir müssen die Formen unserer Geschichtsarbeit diesen Veränderungen anpassen.“ Vorstellungen dazu wurden im Referat an sieben Punkten entwickelt. Solche Stichpunkte waren u. a.:‘Zeugen der Zeitzeugen‘ anstelle der Zeitzeugen selber, Videos und Interviews als „Ersatz“ für reale Begegnung, Möglichkeiten der Verortung von Geschichte (Spurensuche und Stolpersteine), Einsatz neuer Medien und Nutzung von Intermedialität in der Geschichtsvermittlung (Präsenz im Internet und interaktive Angebote)“.

Ebenfalls am Eröffnungsabend präsentierten Liza Mikosch und Thomas Willms eine Live-Recherche im Internet. Zu welchen Ergebnissen kommen junge Menschen, die mit Hilfe der Suchmaschine Google das Internet nach Themen der NS-Geschichte duchsuchen? Das Ergebnis kann jeder leicht zu Hause nachvollziehen. Man gebe z. b. „Waffen-SS“ ein und wird auf höchst unkritische und insbesondere bei Bild- und Videomaterial verherrlichende Beiträge stoßen. Allerdings wissen wir jetzt nur, dass es so ist, wir wissen noch nicht, wie wir damit umgehen sollen.

Im Mittelpunkt der ersten Hälfte des zweiten Kongresstages stand der Gedankenaustausch im Rahmen eines „World-Cafés“. Diese Methode hatte sich schon beim letzten ordentlichen Bundeskongress bewährt. An verschieden Tischen diskutierten Kleingruppen zu vorgegebenen Themen. Die Gruppen wechselten nach jeweils 30 Minuten, ein „Gastgeber“ verblieb jeweils am Gruppentisch, um der neuen Gruppe die Ergebnisse zu präsentieren. Die Ergebnisse wurden auf Karten und Pinnwänden festgehalten und nach dem dritten Durchgang zur Präsentation vorbereitet. So entstanden jeweils umfangreiche Präsentationen zu den Themen: Jugendgerechte Formen der Erinnerungsarbeit, Gedenkarbeit in der Migrationsgesellschaft, eigene Bildungsarbeit, „offizielle” versus „alternative” Geschichtspolitik und „Zeugen der Zeugen”.

Am Nachmittag wurden im Rahmen des „Marktes der Möglichkeiten“ verschiedene bereits existierende Projekte im Plenum präsentiert. 16 Projekte wurden in Form von kleinen Ausstellungen, Präsentationen und Installationen gezeigt. Sie reichten von Internetpräsentationen über Filmprojekte, Audiorundgänge mittels Smartphone-App und Geocaching bis zu regelmäßigen Sendungen im Lokalradio.

Der Kongress hat sicher durch den Erfahrungsaustausch und die Weitergabe von unterschiedlichsten Ideen viele neue Möglichkeiten für die Erinnerungsarbeit und Geschichtspolitik aufgezeigt. Gleichzeitig hat er auch deutlich gemacht, wie groß die neuen Herausforderungen, wie gewaltig die vor uns liegenden Aufgaben in der geschichts-poli-

Fortsetzung Seite 2



Kommentar

Zum Beispiel Alexander Gauland

Jerome Boateng, Fußballer von Bayern München, in Berlin als Sohn eines aus Ghana stammenden Vaters und einer deutschen Mutter, hat den stellvertretenden Parteivorsitzenden der rassistischen AfD blamiert. Er hat als Innenverteidiger der Deutschen Nationalmannschaft trotz seiner dunklen Hautfarbe mit Tugenden, die von Rechten sonst nur reinrassigen Deutschen zugeschrieben werden, bei der Europameisterschaft in Frankreich ein Kapitel Sportgeschichte geschrieben. Das Bild, wie er im Gruppenspiel gegen Polen den Ball buchstäblich genau auf der Linie aus der Gefahrenzone herausbeförderte, ist durch die Welt gegangen.

Ausgerechnet Boateng hatte sich Gauland als Zielscheibe ausgesucht. Gauland sagte der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in einem Interview, Boateng werde zwar als Spieler geschätzt, das bedeute aber nicht, dass er nicht als fremd empfunden werde. Einen Boateng wollten die Leute nicht als Nachbarn haben. Solche Äußerungen von Rechtsaußen sind nicht neu. Auch NPD- Funktionäre forderten einst eine rein deutsche Nationalmannschaft. Und wie wurde ein Bundesligaspieler wie Erwin Kostedde aus Essen vom Publikum ausgebuht, nur weil er eine andere Hautfarbe hatte. Menschen wie Boateng galten bei den Nazis als Mischlinge oder wurden als „Bastarde“ bezeichnet. Menschen jüdischer Herkunft erinnerten sich nach der Befreiung vom Faschismus an den Rassismus und seine Folgen. Sie dachten, dieser Spuk sei vorbei und werde in Deutschland nicht wieder aufleben. Sie irrten sich. Gauland ist nur ein Beispiel, das sich beliebig fortsetzen ließe. Gauland war ja kein Außenseiter. Er konnte 40 Jahre Mitglied der CDU sein, vier Jahre lang unter Ministerpräsident Wallmann (CDU) die Hessische Staatskanzlei leiten und ein wichtiges Amt im Bundesumweltministerium bekleiden. Die rassistische Einstellung Gaulands sollte niemand aufgefallen sein ? Nach der so genannten Wende galt dieser Mann als geeignet, Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen“ in Potsdam zu werden.

Aber auch die SPD duldet Rassismus in ihrem Reihen. Thilo Sarrazin mag als Beispiel ausreichen. Er schaffte es zum Finanzsenator von Berlin und darf heute weiter der Partei angehören.

All das und noch viel mehr ist heute in der Bundesrepublik Deutschland wieder möglich, weil Rassismus in der Gesellschaft geduldet und gefördert wird.

Es ist zu begrüßen, dass „Respekt“ vielsprachig im Fernsehen Nein zum Rassismus sagt. Aber notwendig ist die Bekämpfung des Rassismus, wer auch immer diese Ideologie verbreitet, ob die Personen Gauland, Sarrazin, Müller oder Schulze heißen. Wenn heute „etablierte Parteien“ angesichts der Abwanderung von Wählern nach Rechtsaußen verkünden, sie seien entschlossen, „die Wähler wieder zurückzuholen“, dann fragt sich, wie sie das bewerkstelligen wollen, etwa, indem man AfD und Pegida in ihrer gefährlichen Stimmungsmache folgt? Ähnliches ist zu vermuten, wenn allein schon in der Verwendung der Begriffe von „rechtsradikal“ oder „rechtsextrem“ herumgeeiert wird. Rechtsradikalismus müsse geduldet werden, Rechtsextremismus, der mit Gewaltbereitschaft verbunden ist, dagegen nicht. Solange keine klaren Grenzlinien gegen den zunehmenden Rassismus gezogen werden, solange Gauland und Sarrazin ein breites Forum geboten wird, wird geistige Brandstiftung an der Tagesordnung bleiben, werden Flüchtlingsunterkünfte in Brand gesetzt, werden Menschen, die vor Hunger und Krieg fliehen, beschimpft, beleidigt und in ihrer körperlichen Unversehrtheit verletzt.

Jerome Boateng hat genügend Geld, um sich seine Nachbarschaft auszusuchen, die Flüchtlinge nicht. Günther Wilke



Fortsetzung von Seite 1

tischen Arbeit sind. Nur aus der Gewissheit, dass wir „schon lange keine ‚Einzelkämpfer‘ mehr sind, dass es recht viele – zumeist regionale – Initiativen, Geschichtswerkstätten und andere gesellschaftliche Gruppen gibt, die sich der Erinnerung an die Verfolgten des Faschismus widmen, auch und gerade der lange verdrängten Opfergruppen und Persönlichkeiten aus der Region“, lässt sich der Mut schöpfen, sich den Herausforderungen zu stellen.

U. Schneider verwies schon in seinem Auftaktreferat auch darauf, dass es zwei Themen gibt, die die VVN-BdA gegenüber anderen Mitstreitern auszeichnet: „Wir beschäftigen uns auch weiterhin mit den Tätern (und Profiteuren) der faschistischen Verbrechen“ und wir „vermitteln die Geschichte aus der Perspektive der Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Widerstand.“

In der abschließenden Runde am dritten Kongresstag wurden auch am Tisch der sechs Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schleswig-Holstein konkrete Verabredungen zur Weiterarbeit im Sinne der Kongressergebnisse getroffen.

Zum Abschluss des Kongresses dankte Cornelia Kerth den Organisatoren und den vielen Helferinnen und Helfern. In ihre Abschiedsworte schloss sie auch einen Hinweis an auf bevorstehenden ordentlichen Bundeskongress März/April 2017 ein. Dann werden wir auch wieder wählen, Anträge diskutieren und Beschlüsse fassen.

Jürgen Brüggemann

Erinnerung an den Überfall auf die Sowjetunion vor 75 Jahren

Würdige Gedenkveranstaltung in Gudendorf

Seit 33 Jahren, immer um den 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, versammeln sich in „Gudendorf (Dithmarschen) an den Massengräbern für sowjetische Kriegsgefangene Antifaschisten und Aktivisten der Friedensbewegung aus ganz Schleswig- Holstein, um der Opfer des Vernichtungskrieges der Hitlerfaschisten zu gedenken und ihren Willen zu bekunden, in einem breiten Bündnis für Frieden und Völkerverständigung einzustehen und Rassismus und Faschismus zu bekämpfen, wo immer sich diese Ideologie breit macht.

In diesem Jahr gab es darüber hinaus einen aktuellen Anlass: Vor 75 Jahren, am 22.Juni 1941, überfiel Nazideutschland die Sowjetunion, Anlass für Günther Wilke, Gründungsmitglied der Initiative „Blumen für Gudendorf", sich diesem historischen Datum besonders zu widmen. In diesem Zusammenhang sprach der Redner über die Motive, die zur Gründung der Initiative geführt hatten: „Wir wollten verhindern, dass dieser Ort dem Vergessen anheim fällt, wollten wissen und dokumentieren, wie diese unbekannten Kriegsgefangenen ihr Leben verloren.. Niemals darf vergessen werden, dass zwischen dem Überfall am 22. Juni 1941 und dem 8. Mai 1945 27 Millionen Menschen in den zur Sowjetunion gehörenden Ländern umgebracht wurden. Zuerst waren es die Juden, dann die Sinti und Roma, die dem Terror der Besatzer zum Opfer fielen. Dann traf es die sowjetischen Kriegsgefangenen. Zu diesen Opfern gehören auch die sowjetischen Soldaten, die in den Dünen von Gudendorf anonym verscharrt wurden und umgebettete Zwangsarbeiter aus den östlichen Ländern, die ihre Heimat nicht wiedergesehen haben."

Mit der Befreiung vom Hitler-faschismus sei die faschistische Ideologie nicht ausgerottet worden, so Günther Wilke. Sie setze sich fort in der Volksver-hetzung durch die Führer und Anhänger von NPD, AfD, Pegida und anderen braunen Verbindungen.

In einem Grußwort an die Initiative bedankte sich Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig- Holstein, für jahrelange engagierte Arbeit für die Gedenkstätte. Die Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit sensibilisiere auch für Gegenwart und Zukunft, betonte die Ministerin. Worte des Gedenkens und der Mahnung sprachen außerdem die Stellvertretende Kreispräsidentin Veronika Kolb, Konsulin Alexandra Chernikowa vom Generalkonsulat der Russischen Föderation in Hamburg sowie Gudendorfs Bürgermeister Werner Höft. Die traditionelle Andacht auf dem Gräberfeld hielten Pastor i.R. Dr. Dieter Stein (Windbergen) und Schulrektorin i.R. Irmgard Jasker (Wedel). M.W.

Neumünster: „Die Stadt hat die Nazis satt"

Nur 28 Rechte trauten sich auf die Straße

Jahrelang haben Nazis in Neumünster ihr Unwesen getrieben. Mit Demonstrationen versuchten sie immer wieder, ihre faschistische und ausländerfeindliche Propaganda unter das Volk zu bringen. Jedesmal traf die braune Szene auf den massiven Widerstand, der von einem breiten Bündnis gegen Rechts organisiert wurde. So war es auch am 22. Mai 2016. Obwohl die Rechten ihre Aktion unter dem Motto „Refugees not welcome" (Flüchtlinge nicht willkommen" großspurig mit dem Slogan „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los" angekündigt hatten, versammelten sich am Ruthenberger Platz nach Polizeiangaben nur 28 mehr oder weniger übel beleumdete Braune , um unter Polizeischutz ihre Sprüche abzulassen.

Ihnen gegenüber standen rund 25o Gegendemonstranten, die mit ihren Transparenten vom Bahnhof aus durch die Stadt, an der Flüchtlingsunterkunft Haart vorbei zum Ruthenberger Platz zogen. Vorweg ein Transparent „Bunt statt braun", dann weit sichtbar ein anderes, das die Stimmung der Antifaschisten deutlich zum Ausdruck brachten: „ Die Stadt hat die Nazis satt". Erster emotionaler Höhepunkt der Anti-Nazi-Demo war eine Zwischenkundgebung an der Flüchtlinsunterkunft, wo den Geflüchteten in arabischer Sprache Sinn und Zwecke der Demo erklärt wurde. Auf dem Ruthenberger Platz bezeichnete Heiner Wadle als Sprecher des Bündnisses gegen Rechts die auf breite Basis gestellte Anti- Nazi- Demo als Erfolg. Die Nazis dagegen hätten sich mit ihrer Parole „Das Volk steht auf" lächerlich gemacht.

Bei der Auftaktkundgebung am Bahnhof sprachen Vertreter von SPD, Piraten und Linke, Vertreter von ver.di und GEW. Christoph Ostheimer von der Gewerkschaft ver.di. würdigte das Engagement vieler Neumünsteraner Einwohner für den Aufbau einer Willkommenskultur. Die Flüchtlinge würden perspektivisch zu einer Bereicherung der Bevölkerung in Schleswig- Holstein führen, sagte Ostheimer. Wenn die Rassisten, Neonazis und Vereinfacher erklärten, Deutschland müsse sich gegen die Flüchtlinge wehren, so sei er umgekehrt der Meinung, alle müssten sich gegen die Rechten zur Wehr setzen. Der Redner wandte sich zugleich gegen eine Verschärfung der Integrationsgesetze durch den Bund und gegen die Ausdehnung der „sicheren Herkunftsländer", die das Elend der Flüchtlinge weiter vergrößerten . Ostheimer verurteilte in diesem Zusammenhang den „schmutzigen Deal der EU mit der Türkei". Es sei nicht hinnehmbar, dass Flüchtlinge, die bereits den Boden der Europäischen Union erreicht haben, in die Türkei zurückgeschickt werden, um von dort möglicherweise in ihren Verfolgerstaat abgeschoben zu werden. Das sei völkerrechtlich bedenklich - menschlich nicht vertretbar. hw/mw.

Seid wachsam...

Stadtrundgang und Ausstellung - Befreiung vom Faschismus in Elmshorn

„Seid wachsam, daß über Deutschland nie wieder die Nacht hereinbricht.“ Diese Ausstellung, die Biographien von Gewerkschaftern zum Thema hat, die KZ-Haft erduldeten und zum Teil nicht überlebten, wurde am 7. Mai als Auftakt zum Gedenken an die Befreiung vom Faschismus in der Stadtbücherei Carl von Ossietzky in Elmshorn eröffnet. Das besondere an der interessanten und bewegenden Ausstellung ist, daß hier die Geschichten der Überlebenden auch nach 1945 weitererzählt wurden.



Der Tag wurde geplant und gestaltet von einem Bündnis der VVN-BdA Elmshorn mit den lokalen Gewerkschaften (DGB, ver.di, IGM).

Eine lange Tradition haben in Elmshorn die Antifaschistischen Stadtrundgänge, und wir konnten eine Gruppe Interessierter zum 20. Stadtrundgang begrüßen. Thematisch wurde ein Bogen geschlagen von dem Geschehen im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch 1920 bis zur Selbstbefreiung Elmshorns in den ersten Maitagen 1945. Am Gedenkstein für die Politischen Opfer am Rathaus und für Reinhold Jürgensen, MdR für die KPD, der am 20. Oktober 1934 im KZ Fuhlsbüttel von der SS erschlagen wurde, legten wir Blumengestecke nieder.

Alle Beiträge betonten den bewundernswerten - und aus meiner Sicht für uns heute oft auch beschämenden - Mut und die selbstlose Konsequenz der Menschen, die in dieser dunklen Zeit Widerstand leisteten.

Neben der Würdigung dieser Antifaschisten, denen wir auf den Stadtrundgängen Namen und Gesicht geben wollen, geht es auch immer um Schußfolgerungen für die Gegenwart:

Die Auseinandersetzung mit diesem Teil unserer Geschichte, um die historischen und politischen Erfahrungen, darf nie enden.

Das ausdrückliche Verbot von Naziorganisationen und das ausdrückliche Verbot, Nazitendenzen Vorschub zu leisten, folgt aus dem Grundgesetz Artikel 139.

Antifaschismus ist eine Herausforderung zur Schaffung breitester Bündnisse und Bewegungen jenseits von weltanschaulichen und parteipolitischen Bindungen. Auch die aktuellen Aktionen gegen Naziprovokationen zeigen den Mehrheitswillen der Bevölkerung.

Laßt uns gegen jede Form der Aus- und Abgrenzung eintreten. Gegen Ausländerhaß, Rassismus und Faschismus.

Wittigo Stubbe

Friedenswoche in Eckernförde erfolgreich

Die erste Maiwoche stand in Eckernförde ganz im Zeichen des Bekenntnisses zum Frieden und der Auseinandersetzung mit jeder Form des Rassismus und Neofaschismus. Die Stadt Eckernförde mit der Gleichstellungs- und Kulturbeauftragten, die Stadtbücherei, die Jugend-, Kultur- und Medienwerkstatt „Das Haus“, „!Via Eckernförde e.V.“ und der „Runde Tisch gegen Rechts“ hatten sich dieses Ziel gesetzt. Der DGB-Ortsvorsitzende Horst Kunze eröffnete die traditionelle Mai-Demonstration zum Rathausplatz mit einer Kundgebung am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus am Petersberg vor etwa 80 Teilnehmern. Aus der Fülle von Veranstaltungen seien im Folgenden diejenigen skizziert, die vom „Runden Tisch“ verantwortet wurden. Am 2. Mai fand die Eröffnung der Ausstellung „Opfer des NSU“ in der Stadtbücherei Eckernförde statt. Der Sprecher des „Runden Tischs gegen Rechts“ Albert Leuschner fand bewegende Worte, die noch einmal die Opfer der NSU-Mörder und ihre Familien in den Vordergrund rückten. Zu Gast waren auch SPD- Bundes- und Landtagsabgeordnete (Sönke Rix, Serpil Midyatli), ver.di Bezirksgeschäfts-führerin Ute Dirks sowie Thomas Lemm vom „AWO-Kinder-Mobil“.

Genau diesem Thema widmete sich dann auch am 4. Mai der Kieler Rechtsanwalt Alexander Hoffmann, Nebenklägervertreter im Münchener NSU-Prozess. In der Bürgerbegegnungsstätte brachte Hoffmann den etwa 30 Zuhörer/innen in einem ebenso inhaltsreichen wie spannenden Vortrag die Realität des Prozesses nahe. Noch lange diskutierten die

„Aufstehen gegen Rassismus! Deine Stimme gegen die AfD“

„Aufstehen gegen Rassismus! Deine Stimme gegen die AfD“ ist in Schleswig-Holstein angekommen. Rund 30 Schleswig-HolsteinerInnen haben sich am 18. Juni im Kieler Gewerkschaftshaus zu einem ersten Vernetzungstreffen der bundesweiten Kampagne *Aufstehen gegen Rassismus!* getroffen.

Zum Start des Treffens in Kiel berichteten Cornelia Kerth (Bundesvorsitzende der VVN-BdA) und Arne Petersen (Runder Tisch gegen Rassismus und Faschismus Kiel) von der Entstehung der Kampagne und dem bundesweiten Treffen in Frankfurt. Nachdem die Kampagne zunächst unter dem Titel *Aufstehen gegen Rassismus!* ins Leben gerufen wurde, stand nach dem bundesweiten Treffen in Frankfurt fest, dass sich der Schwerpunkt gegen die AfD richten müsse, die in ihrer Ausrichtung klar rassistisch und anti-feministisch ist. Die AfD ist Auslöser einer Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts.

Ziele der bundesweiten Vernetzung sind u.a. das gemeinsame Erstellen von Materialien, die Unterstützung von niedrigschwelligen Aktionen, die Ausbildung von StammtischkämpferInnen und MulitplikatorInnen und eine Großdemonstration am Aktionswochenende 3./4. September in Berlin.
Ulf Stephan



AM 3. SEPTEMBER 2016 IN BERLIN:

AUFSTEHEN GEGEN RASSISMUS!
DEINE STIMME GEGEN RECHTE HETZE!

Seit Ende 2014 tragen erschreckend viele Menschen rassistische und antidemokratische Haltungen auf die Straßen, die zunehmend in den Alltag dringen. Gleichzeitig eskaliert die rassistische Gewalt. Tagtäglich werden Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, islamfeindliche Übergriffe nehmen zu.

Die AfD ist die Partei, die diese Rechtsentwicklung repräsentiert und radikalisiert

Mit der Verabschiedung ihres Grundsatzprogramms hat die „Alternative für Deutschland“ (AfD) deutlich gemacht: sie will eine andere Republik. Sie steht für einen autoritären Staat auf völkisch-nationaler Grundlage und für ein reaktionäres Frauen- und Gesellschaftsbild, in dem die soziale Sicherung privatisiert oder in die Familie zurückverlagert wird. Die AfD ist an vielen Orten zum Sammelbecken der extremen Rechten und zum Zentrum rassistischer, insbesondere antimuslimischer Mobilisierung geworden.

Es gibt eine große Solidarität mit Geflüchteten und eine starke Ablehnung der rassistischen Hetze der AfD. Zugleich wissen wir, dass es ein hohes Maß an Zustimmung zu extrem rechten Denkmustern bis in die Mitte der Gesellschaft gibt. Dazu gehören Rassismus, völkischer Nationalismus und der Wunsch nach einem autoritären Staat.

Die AfD vertraut darauf, dass Rassismus und Deutschtümelei so weit verbreitet sind, dass niemand merkt, dass sie den Menschen, die sich um ihre Zukunft sorgen, außer hohlen Phrasen nichts anzubieten hat. Ob Leiharbeit, befristete Verträge, Niedriglöhne, Wohnungsnot oder Altersarmut: Eine Stimme für die AfD ist keine Stimme für eine solidarische Gesellschaft.

www.aufstehen-gegen-rassismus.de

Anwesenden neben der juristischen auch die politische Dimension dieses Prozesses.
Ihr Ende fand dann die Woche am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus. Albert Leuschner traf sich mit etwa 15 Teilnehmern zur Alternativen Stadtführung „Auf den Spuren des Faschismus in Eckernförde“. Albert, der diese Stadtführung schon viele Jahre lang durchführt, fand auch in diesem Jahr ein interessiertes Publikum.
Die örtliche Presse informierte über alle Veranstaltungen in ausführlichen und fairen Berichten und würdigte dabei auch die Arbeit der Eckernförder „Runden Tisches gegen Rechts“, an dem u.a. auch Menschen aus dem gewerkschaftlichen- und Parteienspektrum sowie der VVN-BdA mitarbeiten. Hartmut Büchsel

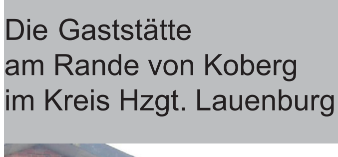


Lübeck „Der Tag der Bundeswehr“ -
Unter dem Motto „kein Werben fürs Sterben“

am 11.6. war für uns Anlass vor der Jobmesse in Lübeck, bei der die Bundeswehr einen sehr großen Beratungsstand in der Halle hatte, zwei Vormittage mit Jugendlichen zu diskutieren, warum die Bundeswehr keine Ausbildungsalternative sein kann.
Unter dem Motto „kein Werben fürs Sterben“ fand der Infostand statt. Ein Sarg, in den sich die Jugendlichen reinlegen konnten, um das „Tot sein“ zu simulieren zusammen mit dem Slogan „Bundeswehr abschaffen,“ sollte die Jugendlichen provozieren.
Wir waren 6 Leute die pausenlos im Gespräch waren. Die meisten Jugendlichen waren ernsthaft an den Diskussionen beteiligt. Eine gelungene Aktion zum Wiederholen.
Einige SDAJler (Sozialistische deutsche Arbeiterjugend) legten sich mit roter Farbe bekleckten weißen Kitteln vor den Bundeswehrstand und wurden aus der Halle verwiesen.
Es war die erste gemeinsame Aktion des „FRIEDENSFORUMs LÜBECK“ zusammen mit der VVN-BdA und der DFG – VK.



Norddeutsche Naziszene trifft sich in Koberg im Kreis Hrzgt. Lauenburg
Konzert der Rechtsrockband „Kategorie C“


Die Gaststätte
am Rande von Koberg
im Kreis Hzgt. Lauenburg



Wir berichteten in der „ar“ Nr. 82 im Januar 2014 von einer Geburtstagsfeier von Nazis am 23. November, ausgerechnet an dem Jahrestag der Brandanschläge in Mölln. Nach Aktivitäten des Bürgermeisters, der Antifa und VVN-BdA schien es, dass das nicht wieder vorkommt, zumal der Eigentümer der stillgelegten Gaststätte versicherte, nicht gewusst zu haben, wem er den Saal vermietete und schwor, dass er nicht mehr an Nazis vermieten werde.
Der “Recherche Nord“ und der Antifa im Kreis ist es zu verdanken, dass bekannt wurde, dass am 11.Juni 2016 ein Konzert der Rechtsrockband „Kategorie C“ wieder in der Gaststätte „Zur Koppelkate“ am Rand von Koberg stattfand. Ca. 50 bis 60 Anhänger der Naziszene aus sieben Bundesländern versammelten sich zu dem Konzert, unter anderem Torben Klebe, bis 2014 Landesvorsitzender der NPD Hamburg.
Unsere FreundInnen der Antifa im Kreis berichteten:
„Die Hooliganband ist deutschlandweit bekannt und bei lokalen Neonazis und rechten Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen in Koberg und Umgebung eine äußerst beliebte Band. Es erscheint uns kein Zufall, dass deswegen ausgerechnet in Koberg das Konzert stattfand, zumal Mitglieder der kameradschaftsähnlichen Gruppe das Konzert besuchten. Zweitens scheint der Wirt keineswegs ahnungslos gewesen zu sein. Wer mindestens zwei Mal seine Räumlichkeiten für ein Neonazi-Konzert zur Verfügung stellt, ist ebenfalls mindestens Sympathisant der Szene. Drittens: die Polizei hielt sich zurück, der Staatsschutz aus Lübeck war wohl kurze Zeit mit einem Wagen vor Ort. Gleichzeitig gab es die Anweisung an lokale Polizeidirektionen, sich vom Ort des Geschehens fernzuhalten. Ein Skandal, wie wir finden, denn wo sich gewaltbereite Neonazis und rechte Hooligans ungestört zusammen rotten dürfen und durch das Dorf patroullieren können, kann keine Sicherheit mehr aufrecht erhalten werden“.
Wir sind dabei, ein abgestimmtes Vorgehen zu entwickeln, damit das nicht wieder passiert. Das Treffen fand ca. 3 km von unserem Haus statt – eine Unverschämtheit. Wir berichten später wieder, was aus unseren Aktivitäten geworden ist. Lore und Bernd Meimberg

Friedensbewegung macht mobil

Bundesweite Demonstration am 8. Oktober 2016 in Berlin

Angesichts der zugespitzten Situation haben der Bundesausschuss Friedensratschlag Kassel und die Kooperation für den Frieden (Zusammenarbeit von ca. 50 Organisationen), zwei Dachverbände der Friedensbewegung, auf zwei großen Treffen in Berlin und München sich darauf geeinigt, eine bundesweite Großdemonstration durchzuführen. Die VVN-BdA ist in beiden Dachverbänden aktiv.

Die Logik des Krieges durchbrechen.
Wir als VVN-BdA in Schleswig Holstein sind auch gefordert alles zu tun, damit die Demonstration ein Erfolg wird. Der ZAA (Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung S.-H.) ist bereits aktiv und der Bezirksvorstand Südholstein von Ver.di hat in einer Resolution zur gewerkschaftlichen Friedensarbeit die Unterstützung der Demonstration beschlossen. Aus dem gemeinsamen endgültigen Aufrufentwurf, der am 2. Juli in Dortmund am Rande des UZ-Pressefestes verabschiedet wurde, heißt es hier leicht gekürzt:
Krieg ist Terror – Krieg schafft Terror!
Keine Soldaten und keine Waffen ins Ausland!
Kooperation statt Konfrontation! Abrüstung statt Sozialabbau!

„Wir akzeptieren nicht, dass Krieg alltäglich wird
und uns immer näher kommt: Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Krieg schwelt in der Ukraine. Überall geht es um Macht, Märkte und Rohstoffe. Immer sind die USA und NATO-Verbündete mit verantwortlich. Überall ist die Bundesrepublik direkt oder indirekt beteiligt. Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Die Bundeswehr soll sich noch aktiver am „Krieg gegen den Terror" beteiligen, das fordern die NATO-Partner, das will die Verteidigungsministerin.
Krieg erzeugt Terror und dieser Krieg ist selbst Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen leiden an den Folgen und Millionen werden zu Flüchtlingen. ……..

„Wir fordern von der Bundesregierung jegliche militärische Einmischung in Krisengebieten einzustellen,
an zivilen politischen Lösungen mitzuwirken und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder zu leisten, damit Menschen nicht fliehen müssen. Die Welt braucht globale Gerechtigkeit...

Die Rüstungskonzerne verdienen und die Menschen verlieren.
Weltweit werden jährlich 1700 Milliarden verpulvert.
….Die Bundesregierung will die Rüstungsausgaben bis Mitte der 2020er Jahre um zwei Drittel auf annähernd 60 Mrd. Euro erhöhen und bis 2030 130 Mrd. Euro für neue Waffen ausgeben. Statt die Bundeswehr mit unseren Steuergeldern für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir diese Summen einzusetzen für sozialen Wohnungsbau, Nahverkehr, Bildung, Gesundheit ……..

„Nein zu Krieg und Faschismus",
diese Erfahrung eint uns. Doch das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Im Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung, schiebt die NATO ihren politischen Einfluss und ihren gigantischen Militärapparat bis an die Grenze Russlands vor: Große Militärmanöver, Aufstellung von Kampfflugzeugen, „schnellen Eingreiftruppen" und Raketen, einhergehend mit verbaler Aufrüstung führen zu Spannungen und Eskalation. Hinzu kommt die als Modernisierung getarnte Aufrüstung der US-Atomwaffen in unserem Land. Die Gefahr wächst, dass der Konflikt außer Kontrolle gerät und am Ende in einem Atomkrieg enden könnte.

Wir fordern von der Bundesregierung: Keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands. Sicherheit in Europa ist nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen.
Wir wollen einen wirklichen Friedensdienst leisten durch Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen. Wir wollen Abrüstung, Stopp der Rüstungsexporte und die Ächtung von Kampfdrohnen.
Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Atomwaffenmodernisierung und Atomwaffenstrategien. Nein zu Krieg und völkerrechtswidrigen Interventionen. Wir wollen Dialog, friedliche Konfliktlösungen und ein kollektives Sicherheitssystem als Alternative zum Kriegsbündnis NATO.
Dafür wollen wir eine langfristige Kampagne starten und rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin!

Wir rufen Alle auf, die die menschenverachtende Aufrüstungs- und Kriegspolitik nicht länger stillschweigend hinnehmen wollen, mit uns auf die Straße zu gehen und friedliche internationale Beziehungen und menschenwürdige Lebensbedingungen zu fordern". *Bernd Meimberg*



Gedenken an die Opfer

Deportationen von Sinti und Roma

Alljährlich am 16. Mai gibt es im Kieler Hiroshima- Park am Mahnmal für die von den Nazis zwischen 1940 und 1944 deportierten Sinti und Roma Schleswig-Holsteins ein Gedenken. Es erinnert an 2500 Menschen dieser Bevölkerungsgruppe. Sie wurden in die okkupierten östlichen Länder verschleppt. Die meisten von ihnen wurden ermordet, nur wenige überlebten.

Matthäus Weiß. Landesvorsitzender des Verbandes der Sinti und Roma in Schleswig- Holstein begrüßte Vertreter von Landtag und Landesregierung und bedankte sich bei der ehemaligen Ministerpräsidentin Heide Simonis und bei der Ehrenvorsitzenden der VVN-Bund der Antifaschisten, Marianne Wilke für ihr Erscheinen. Beide Frauen haben sich um die Gleichberechtigung der Sinti und Roma eingesetzt und waren dafür mit dem Meilenstein ausgezeichnet worden, die höchste Auszeichnung des Verbandes. Heide Simonis hatte mit dafür gesorgt, dass die Sinti und Roma in die Landesverfassung als gleichberechtigte Minderheit gelten und ihnen in Schleswig- Holstein Schutz und Förderung zugesichert wird.

Dass diese Verfassungsgrundsätze immer noch missachtet werden, nahm Matthäus Weiß zum Anlass, gegen Massenabschiebungen von Flüchtlingen dieser ethnischen Gruppen in so genannte „sichere Herkunftsländer" des Westbalkans zu protestieren. Roma werden in Serbien, Mazedonien, Bosnien-Heregowina, Kosovo, Albanien und Montenegro bis zum heutigen Tag verfolgt. Hunger, bitterste Armut und brutale Unterdrückung waren die Fluchtgründe. Sie bestehen noch immer. Diese Menschen erneut Rassisten in die Hände zu treiben, sei Menschenrechtsverletzung, so Matthäus Weiß. G.W.

Termine

14.7. Lübeck
19 Uhr DGB-Haus Lübeck Raum 3
Friedensforum Lübeck und VVN-BdA
Thema: Demonstration am 8. 10. in Berlin

21.7. Lübeck
19 Uhr DGB-Haus Raum 2014
Öffentlicher Abend der VVN-BdA
Thema : AfD. Nachdem beim 1. Treffen analysiert wurde, geht es jetzt darum, wie wir aktiv werden können.

16.7. Jagel
um 11.57 Uhr Mahnwache und Kundgebung an der Hauptzufahrt zum Fliegerhorst Jagel.
„Soldaten aus Jagel sind im Krieg." Aktion der DFG-VK

6.8. Wedel
ab 20 Uhr am Mühlenteich
„Nacht der Kerzen" Hiroshima-Gedenktag
Redner: Sönke Wandschneider, Pastor i.R.
Musik: Chor Hanburger Gewerkschafter

Kontakt

Schleswig-Holstein: Dr. Jürgen Brüggemann, Kaltenweide 77, 25335 Elmshorn, sh@vvn-bda.de

Kiel: Christel Pieper, Lindenstr.9, 24118 Kiel, vvn-bda-Kiel@gmx.de

Flensburg: Ludwig Hecker, Schulz-Delitzsch-Str.44, 24943 Flensburg, vvn-bda-flensburg@versanet.de

Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster

Pinneberg: Jens Wilke, Friedrich-Eggers-Str 124, 22880 Wedel

Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5, 22880 Wedel, m.goischke@web.de

Barmstedt: Dr.Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt

Rendsburg/ Eckernförde: Matthias Behring, Hufeisenweg 24, 24354 Rieseby, wgr-rieseby@t-online.de

Elmshorn: Wittigo Stubbe, Stubbenhuk 14, 25335 Elmshorn

Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe, v.blaschke@web.de

Lauenburg/ Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr.16, 23898 Sierksfelde, lobemeimberg@t-online.de

Ostholstein: Rainer Buttkus, Heischweg 17, 24321 Lütjenburg

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke, Wedel

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- [ ] Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- [ ] Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von _________Euro*
- [ ] Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung.
- [ ] Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name:

Adresse:

Bitte einsenden an: VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein
Lindenstr. 9, 24118 Kiel
Tel. H. Büchsel, 04351 - 6660805
Fax. M. Wilke, 04103 - 180200
E-Mail. vvn-bda-sh@t-online.de

*Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V.
VR BankFlensburg-Schleswig e.G.
IBAN: DE11 2166 1719 0004 3329 70
BIC: GENODEF1RSL

VVN-BdA